

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 24. März 1848 veröffentlicht der „Coblenzer Anzeiger“ unter der Überschrift „Berlins großen Toten“ ein Manifest, das der Berliner Märzgefallenen gedenkt. Ich zitiere:

Doch damit die Welt erfahre, was Deutschlands Heldensöhne für Ihr großes einiges Vaterland gethan, schaaren wir uns um das hehre Banner der großen Verbrüderung; hoch in die Lüfte weht es, und aller Augen sollen aus seinen Farben lesen: Opfernd Euer rothes Blut ginget Ihr in den schwarzen Tod für die goldne Freiheit!

Diese Worte, die uns heute in ihrem Pathos recht schwülstig vorkommen, sind doch Programm gewesen – Ausdruck einer Sehnsucht nach Freiheit und nationalstaatlicher Einheit, die sich im Frühjahr 1848 in zahllosen Versammlungen, Petitionen und Aufrufen äußert. Den Anfang macht die berühmte Offenburger Volksversammlung vom September 1847, die die „Forderungen des Volkes in Baden“ verabschiedet. Am 27. Februar 1848, einen Tag nach der Kunde von der erfolgreichen Pariser Februarrevolution, gibt das badische Mannheim das Signal zum politischen Aufbruch in Deutschland. Vorläufiger Höhepunkt sind die Berliner Barrikadenkämpfe, die den preußischen Obrigkeitsstaat zum Zurückweichen bewegen, sinnfällig ausgedrückt in der Verneinung König Friedrich Wilhelms IV. vor den aufgebahrten Märzgefallenen. Auch in Koblenz werden Trauergottesdienste abgehalten, schwarz-rot-goldene Fahnen gehißt und in etlichen Versammlungen die Ideale der Freiheit und der nationalen Einheit beschworen. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt es hier nicht.

Was kennzeichnet die politische und soziale Lage der Rheinlande im Vorfeld der Revolution? Da ist zum einen das Konfliktpotential zwischen spätabolutistischem Staat und vormärzlichem Liberalismus. Seit dem Beginn der preußischen Herrschaft am Rhein fordern großbürgerliche Liberale und Anhänger des „Jungen Deutschland“ immer wieder die vom König versprochene Gewährung einer Verfassung und die Lockerung der strikten Zensurbestimmungen. Hier sei nur die von Joseph Görres entworfene und von mehreren Tausend Einwohnern des Regierungsbezirks unterzeichnete „Adresse der Stadt Koblenz und der Landschaft“ vom Oktober 1817 in Erinnerung gerufen, auch wenn sie mit ihren altständisch-feudalen Forderungen eine Sonderstellung unter den Petitionen der rheinischen Städte einnimmt. Als 1823 die Rheinischen Provinzialstände gebildet werden, bedeutet dieser Akt für viele jedoch eine herbe Enttäuschung, weil die Stände in ihrer Kompetenz zu stark eingeschränkt und in ihrer personellen Zusammensetzung zu unausgewogen sind, als daß sie der Bevölkerung ein wirkliches Mitspracherecht verschaffen könnten.

Die zweite Konfliktlinie scheint in dem Gegensatzpaar katholische Bevölkerungsmehrheit versus protestantische Obrigkeit auf. Die Amtsenthebung und Verhaftung des Kölner Erzbischofs Droste-Vischering im November 1837, mit der Friedrich Wilhelm III. auf die starre Haltung des Erzbischofs in der sogenannten Mischehenfrage reagiert, wirft ein grelles Schlaglicht auf diesen Dualismus. Große Hoffnungen setzt man daher nach dem Ende des Kölner Kirchenstreits auf den neuen König Friedrich Wilhelm IV. Doch nach vorübergehendem „Tauwetter“ gewinnen seit Mitte der 1840er Jahre reaktionäre Tendenzen in der Berliner Zentrale wieder die Oberhand, was sich auch auf der Verhältnis zwischen den Konfessionen auswirkt. Die offizielle Geburtstagsfeier für den König am 15. Oktober 1843 im Koblenzer Casino wird denn auch von den meisten einheimischen Casinomitgliedern boykottiert.

Als dritter Faktor sind soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte zu nennen. Ein Koblenzer Spezifikum, das aus der Eigenschaft als Festungs-, Garnisons- und Behördenstadt herrührt, ist das durchweg schlechte Verhältnis zwischen altpreußischen Beamten und Militärs und der eingesessenen

Bevölkerung. Seit Ende der 1830er Jahre entlädt sich die spannungsgeladene Situation immer wieder in Gewalttätigkeiten zwischen Zivilisten und Garnisonsangehörigen. Im Oktober 1847 droht General von Bardeleben, Kommandant von Koblenz und Ehrenbreitstein und Kopf des konservativen „Riesen-Klubs“, er werde die Stadt im Fall von Unruhen „zusammenschießen“ lassen. In wirtschaftlicher Hinsicht führt die Versorgungskrise der Jahre 1845 bis 1847 zu vermehrter Auswanderung, örtlichen sozialen Unruhen und – vor allem im stark gewerblich-industriell strukturierten Nordteil der Rheinprovinz – zu hoher Arbeitslosigkeit. Während des Hungerwinters 1846/47, der letzten „klassischen“ Agrarkrise großen Stils, müssen in Koblenz 5500 Menschen, das sind 28 Prozent der Bevölkerung, mit billigem Brot versorgt werden. Im Frühjahr 1847 kommt es außerdem zu einer starken Teuerung. Daraufhin tauchen in der Stadt verschiedene Flugblätter gegen „Spekulanten und Wucherer“ auf. Mehrere Demonstrationen richten sich unter anderem gegen den jüdischen Armeelieferanten Mayer Reinhold und gegen die protestantische Kaufmannsfamilie Kehrmann. Am 10. Mai 1847 lösen Polizei und Militär eine Versammlung in der Kastorpfaffenstraße auf, die zum Kampf gegen „Kornschieberei“ aufruft. Auch die Proteste der Koblenzer Schiffszieher im März 1848, die sich durch die aufkommende Schleppschiffahrt mittels Raddampfern um Arbeit und Brot gebracht sehen, zeigen, daß nun erstmals wirtschaftliche und soziale Interessen offen artikuliert werden. Daß die Motivation staatlicher Beschäftigungspolitik auch von den sogenannten einfachen Leuten durchschaut wird, belegt beispielsweise eine Äußerung, die sich in den tagebuchartigen Aufzeichnungen des Kesselheimer Landwirts Clemens Münzel findet, Zitat: *In Trier und Mainz entstand auch großer Streit zwischen Soldaten und Bürgern und viele blieben tot, in Coblenz fingen sie den Hafen an zu bauen, und so bekamen die Arbeitslosen Arbeit und [es] blieb ruhig* – Zitat Ende. (Gemeint ist hier der Baubeginn am Lützeler Sicherheitshafen Ende März 1848, bei dem es sich in der Tat in erster Linie um ein Projekt zur Arbeitsbeschaffung handelt.)

Doch nun zurück zum ereignisgeschichtlichen Strang unserer Betrachtungen. In Koblenz herrscht Gewitterstimmung. Etliche Versammlungen werden abgehalten, Petitionen verfaßt und – eine Bürgerwehr gegründet, die, ihrem berühmten Berliner Vorbild entsprechend, die öffentliche Sicherheit gewährleisten soll, indem sie, dem revolutionären Ziel der allgemeinen Volksbewaffnung verpflichtet, an die Stelle der sich zurückziehenden staatlichen Ordnungsmacht tritt. 2000 Mann sind es schließlich, die unter dem Kommando des Friedensrichters Benedikt Josef Kopp Streife laufen und Paraden abhalten. Sogar ein eigener Marsch wird komponiert. Die Bürgerwehr gerät jedoch ins Zwielficht, als sie im September 1848 die Erstürmung des Hauses von Franz Peter Adams, des Koblenzer Abgeordneten in Frankfurt, durch Anhänger der Demokraten nicht verhindert. Als nach der konservativen „Wende“ Friedrich Wilhelms IV. die preußische Nationalversammlung in Berlin im November 1848 zum Steuerboykott aufruft und die Koblenzer Bürgerwehr sich daraufhin weigert, für die ordnungsgemäße Entrichtung der Mahl- und Schlachtsteuer am Moselbrückentor Sorge zu tragen, fordert der städtische Beigeordnete Christian Haan militärische Unterstützung zur Zerstreung der Demonstranten an, die die Zolleinnehmer an ihrer Tätigkeit hindern. Die königliche Kabinettsorder vom 13. Dezember verfügt die Auflösung der städtischen Miliz und setzt den Schlußpunkt unter das Kapitel „Bürgerwehr“.

Wer waren nun die Kontrahenten im Spiel der politischen Kräfte? Seit der Rheinkrise von 1840, die für die Herausbildung eines Nationalgefühls in Deutschland von epochaler Bedeutung ist, kristallisieren sich allmählich politische Strömungen und parteiähnliche Richtungen aus, die sich vornehmlich in Vereinen und Klubs, zunächst auf lokaler Ebene, organisieren. Dabei treten drei Grundrichtungen hervor, deren Mit- und Gegeneinander den Verlauf der Ereignisse auch in Koblenz bestimmt, wobei die Tendenz zur Radikalisierung unübersehbar ist. Die Katholiken sammeln sich im „Zentralwahlverein für den Regierungsbezirk Koblenz“, der im Sommer im „Katholischen Volksverein“ aufgeht und zunächst auch im Kleinbürgertum mehr und mehr an Boden gewinnt. Die Heterogenität des katholischen Lagers tritt jedoch anläßlich der Oktroyierung der preußischen Verfassung

vom 5. Dezember 1848 so deutlich zutage, daß der Katholische Volksverein daran zerbricht. Die preußisch gesinnten Honoratioren ziehen sich zurück und gründen den „Katholischen Wahlverein“ sowie einen religiös-unpolitischen „Piusverein“. Viele liberal-demokratische Gewerbetreibende und Freiberufler finden sich im „Bürger-Wahlverein“ zusammen, der im April 1848 als Reaktion auf die katholische Grundrichtung des Zentralwahlvereins entsteht, sich in programmatischer Hinsicht aber kaum von diesem unterscheidet. In den Kommunalwahlen von 1846 hat sich erstmals als dritte Kraft eine demokratisch-republikanische Parteiströmung artikuliert. Der aus ihr im September 1848 hervorgehende „Demokratische Verein“ erstrebt eine rechtlich und politisch egalitäre Gesellschaft, weswegen seine Anhänger als die „Wähler“ schlechthin gelten, zumal sie immer wieder versuchen, auf Militäranghörige, insbesondere Landwehrmänner, einzuwirken. Der Demokratische Verein, der nunmehr linksliberale „Katholische Volksverein“ und der „Politische Klub“, der seit dem Austritt vieler großbürgerlicher Mitglieder Ende 1848 ebenso dem linken Spektrum zuneigt, bilden anlässlich der Wahlen vom Januar 1849 eine Koalition. Dieser „Verein für volksthümliche Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz“ vereinigt 95 Prozent der Urwähler-Stimmen auf sich und bereitet dem „Katholischen Wahlverein“ und dem explizit pro-preußischen „Bürgerverein für gesetzliche Freiheit und Volkswohl“ eine herbe Niederlage.

Überhaupt beschleunigen die ersten Wahlen zur Berliner und Frankfurter Nationalversammlung die Politisierung des öffentlichen Lebens erheblich, da nun Kandidaten aufgestellt und politische Programme formuliert werden müssen. Die Abgeordneten zur preußischen und deutschen Nationalversammlung werden im Frühjahr 1848 in allgemeinen und gleichen, wenn auch indirekten Wahlen (nämlich mittels Wahlmännern) bestimmt. Als Wahlkommissar für den Wahlkreis Koblenz, der sich aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz sowie den Bürgermeistereien Boppard und Brodenbach des Kreises St. Goar zusammensetzt, fungiert der Koblenzer Oberbürgermeister und Polizeidirektor Friedrich Wilhelm Bachem. Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung entscheidet der Kandidat des (katholischen) Zentralwahlvereins, Advokatanwalt und Justizrat Franz Peter Adams, für sich. In der Paulskirche gehört er der „Casino“-Partei an, die als größte Fraktion das rechte Zentrum repräsentiert. Nach der Erstürmung seines Hauses im September 1848, die der Unzufriedenheit der demokratischen Kräfte mit seiner Haltung zum preußisch-dänischen Waffenstillstand von Malmö entspringt, legt Adams sein Mandat nieder. Sein Nachfolger wird der Kaufmann Philipp Jakob Caspers, der den Koblenzer Wahlkreis von Oktober 1848 bis zur Auflösung der Nationalversammlung im Mai 1849 vertritt. Caspers, Mitglied des „Württembergers Hofes“, also der gemäßigten Linken, gehört später – von 1862 bis 1867 – für die Deutsche Fortschrittspartei dem Abgeordnetenhaus des Preußischen Landtags an. In die Berliner Nationalversammlung werden der aus Koblenz stammende Kölner Appellationsgerichtsrat Johann Heinrich Schlink und der Wolkener Gutsbesitzer Mathias Josef Raffauf gewählt.

Zur Farce geraten hingegen die Wahlen vom 17. Juli 1849. Ende Mai erläßt die Berliner Regierung ein neues Gesetz zur Wahl der preußischen Abgeordnetenkammer, mit dem das allgemeine und gleiche Wahlrecht abgeschafft und ein nach Steuerleistung abgestuftes Dreiklassenwahlrecht eingeführt wird. Damit soll endlich eine dem Ministerium genehme Zusammensetzung des Parlaments erreicht werden. In Koblenz rufen die Demokraten daraufhin zum Wahlboykott auf, der einen durchschlagenden Erfolg zeitigt. Von 5600 Urwählern geben nur 400 ihre Stimme ab. Nach einer Zeitungsmeldung gehen im 4. Wahlbezirk nur vier, im 7. Bezirk nur fünf Stimmberechtigte an die Urnen. In Moselweiß wählt niemand, in Kapellen erscheint lediglich der königliche Schloßkastellan im Wahllokal. Diese Abstimmung wird weithin als konservative Regierungswahl verspottet, an der sich nur wenige „Gutgesinnte“, wie es damals heißt, beteiligen. Eine beißende Satire auf diese „Wahl zu Koblenz“ – zugleich ein schönes Beispiel für die damals blühende Publizistik – stammt vermutlich aus der Feder des führenden Demokraten Dr. Jonas Ahrweiler und ist im Herbst 1849 in etlichen Fortsetzungen in der „Rhein- und

Mosel-Zeitung“ erschienen. Einen Sonderdruck hat man nachträglich mit Karikaturen illustriert, von denen Sie einige dort hinten auf einer der Schautafeln wiederfinden.

Stehen die Sommermonate 1849 schon ganz im Zeichen des sich anbahnenden Sieges der Reaktion, wird ihr vollständiger Triumph im Herbst jenes Jahres zur Gewißheit. Am 15. Oktober steht wieder die Feier des Geburtstags von König Friedrich Wilhelm IV. an. Hatte noch im Jahr zuvor aus dem gleichen Anlaß nur ein kleiner Teil des angetretenen Schülerchors – nach der Erinnerung eines Anwesenden *eine winzige Zahl, die Söhne von Offizieren und Beamten* – das „Heil dir im Siegerkranz“ mitgesungen, so wird bei der Feier im Zivil-Casino 1849 ein Liedtext zu ebendieser Melodie herumgereicht, der aus der Feder des Generalmajors Philipp von Wussow stammt, 1848 bis 1850 Kommandant von Koblenz und Ehrenbreitstein. Die erste Strophe möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

*Gott mit uns! Preußenruf,
Königsruf, Volkesruf,
der nie vergeht;
Sey mit dem Könige,
König der Könige,
Ist das volltönige
Preußengebet!*

In diesem Stil folgen noch drei weitere Strophen. Sie bezeugen, daß sich die Anhänger des monarchischen Obrigkeitsstaates ihres Sieges gewiß sind und dieses Siegesbewußtsein auch öffentlich zur Schau tragen. Kurze Zeit später, im November 1849, trifft Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., in Koblenz ein, um seine Tätigkeit als Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens aufzunehmen. Prompt taucht in der Stadt ein Flugblatt mit dem „Rheinischen Protest“ gegen Wilhelm auf, dessen Text, gesungen nach der Melodie des 1840 von dem Geilenkirchener Gerichtsschreiber Nikolaus Becker verfaßten antifranzösischen Rheinliedes, folgendermaßen beginnt:

*Wir wollen ihn nicht haben
Den Herrn Kartätschenprinz;
Mag Rußland ihn begraben
In seiner Eisprovinz!
Mag er darauf verzichten,
Zu herrschen einst am Rhein,
Wir wollen ihn mit Nichten,
Den Bürgermörder – Nein!*

Wilhelm muß wegen der versuchten Niederschlagung des Berliner Märzaufstandes von 1848 als „Kartätschenprinz“ kurzfristig nach England fliehen und wird daraufhin nach der Schilderung des Sektfabrikanten August Deinhard von einer Volksversammlung auf dem Florinsmarkt – Zitat – *mit samt seiner Brut abgesetzt und auf ewig verbannt*. Im Sommer 1849 schlagen Reichstruppen und preußisches Militär unter seinem Kommando die Aufstände in der Pfalz und in Baden nieder. Die Herkunft des „Rheinischen Protests“ ist ungewiß, doch gibt der Text des Flugblatts sicherlich ein im Großen und Ganzen auch für Koblenz zutreffendes Stimmungsbild wieder.

Die unmittelbaren Folgen der gescheiterten Revolution sind auch in Koblenz mit Händen zu greifen. Immer mehr Auswanderungswillige verlassen die Stadt auf legale Weise oder in aller Heimlichkeit. Dieser Trend setzt bereits im Frühjahr 1849 ein, als sich schon für viele die drohende Niederlage abzeichnet. Einige wenige bringen es im Exil zu Ruhm und Ansehen, wie das Beispiel des gebürtigen

Koblenzers Peter Joseph Osterhaus zeigt. Von Dezember 1848 bis Mai 1849 Mannheimer Bürgerwehrrkommandant, verläßt er die Stadt vor der anrückenden Reichsarmee, flieht mit den beiden Schwiegersöhnen des badischen Revolutionsführers Friedrich Hecker über Paris in die USA, um sich in Illinois niederzulassen. Im amerikanischen Bürgerkrieg steigt er bis zum Generalmajor der Nordstaatenarmee auf und ist dann bis zum Jahr 1900 im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten tätig. 1904 lehnt er die Teilnahme an einer Wahlkampfreise für Präsident Roosevelt aus Altersgründen ab. Osterhaus stirbt 1917 in Duisburg, kurz vor dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, und wird in Koblenz beigesetzt. Osterhaus ist indessen ein Einzelfall. Die meisten Revolutionäre können sich gerade noch ins europäische Ausland retten, vornehmlich nach Frankreich und in die Schweiz, wo sie oftmals ein Leben in materieller Not fristen. Und so muß sich auch der Koblenzer Turnverein, dessen Mitglieder noch im Sommer 1849 verkünden, sie wollten die Aufstände in Elberfeld und in der Pfalz mit der Waffe in der Hand unterstützen, recht bald schon auf Spendenaufrufe zugunsten der Flüchtlinge beschränken, Zitat: *Es wäre eine Schande für das deutsche Volk und besonders für die deutschen Turner, wenn sie den Schweizern allein die Sorge für die Erhaltung dieser Braven überließen, deren Verbrechen ihr Glauben an ein deutsches Volk war.*

Längerfristig gesehen ist das erste nachrevolutionäre Jahrzehnt in wirtschaftlicher Hinsicht durch Stagnation und unter politischem Blickwinkel betrachtet durch Restauration gekennzeichnet. Nur ganz allmählich setzen politischer Wandel und wirtschaftlicher Aufschwung ein, und erst nach 1860 Koblenz mutiert endgültig – so schreiben die beiden Pfarrer de Lorenzi und Krementz in einer Denkschrift, Zitat: – *vom alten Landstädtchen mit seinen einfachen Verhältnissen zu einer Provinzial-Haupt- und Garnisonsstadt, einem Handelsplatz, wo in die alte Bevölkerung täglich mehr fremdartige Elemente sich mischen* – Zitat Ende. Dazwischen aber liegen die 1850er Jahre, und es ist bezeichnend, daß Christian von Stramberg den ersten der vier Koblenz-Bände seines „Rheinischen Antiquarius“ – **das** Geschichtswerk der rheinischen Restauration schlechthin – im Jahr 1851 erscheinen läßt.

Und heute? – Die 150. Wiederkehr der Revolution von 1848/49 verführt zum Feiern, da diese einen positiven Traditionsstrang der deutschen Geschichte darstellt. Allerdings sind wohl einige Revolutionsfeierlichkeiten – Sie werden es den Medien entnommen haben – hart am Rande des Kitsches angesiedelt. Auf der anderen Seite existiert ein gewisses Unbehagen an der Revolution, was zum Teil im Wesen jeder grundlegenden Umwälzung begründet ist, da sie wohl nie ohne gewaltsame Auseinandersetzungen vor sich geht. So hat kürzlich der Senat der Universität Konstanz einen Vorschlag der Studentenvertretung abgelehnt, die Hochschule nach Friedrich Hecker zu benennen. Als Demokraten sollten wir uns unseren Standort und unsere Wurzeln vielleicht ganz nüchtern mittels der Tatsache verdeutlichen, daß die Grundrechtskataloge der Weimarer Verfassung von 1919 und des Bonner Grundgesetzes von 1949 letztendlich auf die „Grundrechte des deutschen Volkes“ zurückgehen, die das Frankfurter Paulskirchenparlament im Dezember 1848 beschlossen hat. Wenn es dieser Ausstellung gelingt, den Blick für solche Zusammenhänge auf lokaler, regionaler, nationaler und europaweiter Ebene ein wenig zu schärfen und Sie, das Publikum, neugierig zu machen, dann würden sich die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs, des Landeshauptarchivs und des Stadtarchivs sehr freuen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.